

Schul-Untersuchung: Viele Kinder fallen durchs Raster

Lübecker Gesundheitsamt überlastet – Ärzte schaffen nicht alle künftigen Erstklässler

VON HELGE VON SCHWARTZ

LÜBECK. Die Zahl der Schuleingangsuntersuchungen bleibt in Lübeck auf einem niedrigen Niveau. Mit Stand Ende April konnten bisher nur 34 Prozent der künftigen Erstklässler untersucht werden. Vorgeschrieben sind 100 Prozent. Diese Quote hat die Hansestadt zuletzt 2019 erreicht. Wegen Corona waren die Zahlen eingebrochen. Sie haben sich aber bis heute nicht verbessert.

Lübeckers Sozialsenatorin Pia Steinrücke (SPD) sieht hierin eine generelle Herausforderung. „Das ist überall gleich, auch in anderen Städten.“ Dem Land sei das Problem bekannt. Obwohl hier eine gesetzliche Pflicht nicht

erfüllt werde, gebe es keine Sanktionen.

Für die Misere in der Hansestadt gibt es mehrere Ursachen. Zum einen gibt es im Lübecker Gesundheitsamt einen Fachkräftemangel im ärztlichen Bereich. Von nominell sechs Vollzeitstellen seien nur 2,24 besetzt. Zudem müsse

der Kinder- und Jugendärztliche Dienst viele Gutachten schreiben – zum Beispiel über Förderbedarf von Kindern oder über Absentismus.

Das Anfertigen sei deutlich zeitaufwendiger als eine Schuleingangsuntersuchung, verdeutlichten Vertreter des Gesundheitsamtes bei der

jüngsten Sitzung des Sozialausschusses. Und die Zahl der Gutachten nehme zu. Hinzu kommt, dass es in Lübeck erstmals seit Langem wieder über 2000 künftige Erstklässler gibt (2098).

Das Lübecker Gesundheitsamt reagiert mit einer Priorisierung auf die schwierige Lage. Vorrang hätten „Akten-Kinder“ – das sind Kinder, die bereits jetzt eine vorschulische Förderung bekommen. Zudem stehen „Kann-Kinder“ weit oben in der Priorität – also Kinder, die vorzeitig eingeschult werden sollen. Hinzu kommen beurlaubte Kinder. Dabei handelt es sich um Jungen und Mädchen, bei denen die Einschulung wegen eines Nachholbedarfs zurückgestellt

wurde. Untersucht werden auch „Wunschkinder“, bei denen ein Kinderarzt oder eine Institution eine Untersuchung erbeten hat.

Durchs Raster fallen oft diejenigen, bei denen kein Förderbedarf bekannt ist. Nach Erfahrungen des Lübecker Gesundheitsamtes gebe es dort trotzdem regelmäßig Überraschungsbefunde, wenn Eltern beispielsweise die U-Untersuchungen beim Kinderarzt nicht wahrnehmen. Sozialsenatorin Pia Steinrücke forderte, die Frühwarnsysteme bei den U-Untersuchungen weiter auszubauen. Die Hansestadt Lübeck versuche zudem, das ärztliche Personal durch sozialpädagogische Fachkräfte zu entlasten.



Viele Schuleingangsuntersuchungen fallen aus, weil die Gesundheitsämter es nicht schaffen. FOTO: MARCEL KUSCH/DPA